

Gesetz- und Verordnungsblatt

für das Land Hessen

2015	Ausgegeben zu Wiesbaden am 7. Dezember 2015	Nr. 27
Tag	Inhalt	Seite
25. 11. 15	Gesetz zur Stärkung der Investitionstätigkeit von Kommunen und Krankenhasträgern durch ein Kommunalinvestitionsprogramm und zur Änderung von Rechtsvorschriften <i>FFN 330-49; ändert FFN 330-49, 41-42, 300-5, 330-48, 332-1, 351-84, 41-22, 41-39, 41-40</i>	414
26. 11. 15	Verordnung zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung internationale Strafrechtshilfe <i>Ändert FFN 24-47</i>	434
21. 11. 15	Zweite Verordnung zur Änderung der Gefahrenabwehrverordnung für Häfen..... <i>Ändert FFN 63-9</i>	435
23. 11. 15	Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Bestimmung von Zuständigkeiten nach dem Asylverfahrensgesetz <i>Ändert FFN 310-72</i>	438
20. 11. 15	Verordnung zur Sicherstellung der Personalvertretung in dem Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen <i>FFN 326-34</i>	439

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Gesetz zur Stärkung der Investitionstätigkeit von Kommunen und
Krankenhausträgern durch ein Kommunalinvestitionsprogramm und
zur Änderung von Rechtsvorschriften**

Vom 25. November 2015

Artikel 1¹⁾

**Gesetz zur Stärkung der
Investitionstätigkeit von Kommunen und
Krankenhausträgern durch ein
Kommunalinvestitionsprogramm
(Kommunalinvestitionsprogrammgesetz
– KIPG)**

§ 1

Fördervolumen, Finanzierung
und Verteilung der Mittel

(1) Zur Stärkung der Investitionstätigkeit gewährt das Land im Rahmen des Hessischen Kommunalinvestitionsprogramms den in der Anlage aufgeführten Gemeinden und Landkreisen (Kommunen) auf Antrag eine Investitionsförderung bis zur Höhe der dort genannten Beträge (Kontingente). Kommunen, in denen ein Standort zur Erstaufnahme von Flüchtlingen betrieben wird, wird eine zusätzliche Investitionsförderung gewährt. Darüber hinaus werden Investitionen der Kommunen zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und von Unterkünften zur Unterbringung von Flüchtlingen gefördert (Programmteil Wohnraum). Zudem gewährt das Land zur strukturellen Verbesserung der Krankenhausinfrastruktur ausgewählten Krankenhausträgern für prioritäre Maßnahmen eine Investitionsförderung.

(2) Das Hessische Kommunalinvestitionsprogramm umfasst ein Fördervolumen von bis zu 1 032 724 202 Euro. Es wird finanziert durch die vom Bund nach § 2 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes vom 24. Juni 2015 (BGBl. I S. 974, 975) dem Land Hessen zur Verfügung gestellten Finanzhilfen in Höhe von 317 138 500 Euro (Bundeszuschuss) sowie durch Darlehen der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank).

(3) Die Darlehen werden den in der Anlage aufgeführten Kommunen in Höhe von 35 366 000 Euro als Komplementärfinanzierung im Sinne des § 6 Abs. 1 Satz 1 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes (Programmteil Komplementärfinanzierung Bundesprogramm) und in Höhe von 373 219 702 Euro für zusätzliche Maßnahmen zur Verfügung gestellt (Programmteil Kommunale Infrastruktur); davon ist ein Kontingent von 25 000 000 Euro für Investitionen von Kommunen, in denen ein Standort zur Erstaufnahme von Flüchtlingen betrieben wird, vorbehalten. Weitere Darlehen in Höhe von 230 000 000 Euro sind für Maßnahmen nach Abs. 1 Satz 3 im Programmteil Wohnraum und in Höhe

von 77 000 000 Euro für Investitionen in die Krankenhausinfrastruktur (Programmteil Krankenhäuser) vorgesehen.

(4) Der Bundeszuschuss wird nach Maßgabe dieses Gesetzes, des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes, der Verwaltungsvereinbarung nach § 9 Satz 1 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes sowie einer Förderrichtlinie des Hessischen Ministeriums der Finanzen gewährt. Die Darlehen werden nach Maßgabe dieses Gesetzes sowie der Förderrichtlinie des Hessischen Ministeriums der Finanzen vergeben. Abweichend von Satz 2 ist bei Darlehen für Investitionen in dem Programmteil Wohnraum die Förderrichtlinie des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie in dem Programmteil Krankenhäuser die Förderrichtlinie des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration maßgebend.

§ 2

Darlehensprogramm der WIBank

(1) Das Darlehensprogramm nach § 1 Abs. 2 Satz 2 umfasst ein Volumen von bis zu 715 585 702 Euro und eine Laufzeit von bis zu 30 Jahren. Das Land bedient sich zur Finanzierung und Umsetzung des Programms der WIBank. Die für die Finanzen zuständige Ministerin oder der hierfür zuständige Minister wird ermächtigt, mit der WIBank eine Vereinbarung über die Abwicklung des Hessischen Kommunalinvestitionsprogramms zu schließen, die auch die Finanzhilfen des Bundes nach dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz umfasst.

(2) Die nach § 6 Abs. 1 Satz 1 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes erforderliche Komplementärfinanzierung kann auf Antrag der Kommune durch ein Darlehen der WIBank mit einer Laufzeit von zehn Jahren sichergestellt werden (Programmteil Komplementärfinanzierung Bundesprogramm). Darlehensgeberin ist die WIBank, Darlehensnehmerin ist die Kommune. Die Darlehenstilgung obliegt der Kommune. Die Darlehenszinsen trägt das Land.

(3) Auf Antrag werden den Kommunen und Krankenhausträgern Darlehen für Investitionen mit einer Laufzeit von bis zu 30 Jahren zur Verfügung gestellt (Programmteile Kommunale Infrastruktur und Krankenhäuser). Die Tilgung der Darlehen erfolgt im Programmteil Kommunale Infrastruktur zu vier Fünfteln durch das Land und zu einem Fünftel durch die Kommunen und im Programmteil Krankenhäuser zu zwei Dritteln durch das Land und zu einem Drittel durch die

Anlage

¹⁾ FFN 330-49

Krankenhausträger. Die Darlehenszinsen für die ersten zehn Jahre der Finanzierung trägt das Land. Ab dem elften Jahr tragen die Kommunen oder die Krankenhausträger die Zinsen. Vom elften bis zwanzigsten Jahr gewährt das Land den Kommunen oder den Krankenhausträgern auf Antrag eine Zinsdiensthilfe in Höhe von einem Prozentpunkt. Bei einem Zinssatz von weniger als einem Prozent ist die Zinsdiensthilfe auf den tatsächlichen Zinssatz begrenzt. Für die Finanzierung vom elften bis zwanzigsten Jahr kann den Kommunen eine zusätzliche Zinsdiensthilfe aus dem Landesausgleichsstock nach § 58 Abs. 4 des Finanzausgleichsgesetzes vom 23. Juli 2015 (GVBl. S. 298), geändert vom 25. November 2015 (GVBl. S. 414), in Höhe von einem weiteren Prozentpunkt gewährt werden. Satz 6 gilt entsprechend.

§ 3

Darlehen für Investitionen im Programmteil Wohnraum

Die Laufzeit der Darlehen im Programmteil Wohnraum beträgt bis zu 30 Jahre. Darlehensgeberin ist die WIBank, Darlehensnehmer ist die Kommune oder der kommunaleretzende Maßnahmen-träger. Die Darlehenstilgung obliegt der Kommune oder dem kommunaleretzenden Maßnahmen-träger. Die Darlehenszinsen für die ersten fünfzehn Jahre der Finanzierung trägt das Land. Ab dem sechzehnten Jahr trägt die Kommune oder der kommunaleretzende Maßnahmen-träger die Zinsen. Das Nähere regelt die Förderrichtlinie des für das Wohnungswesen zuständigen Ministeriums.

§ 4

Bürgschaftsermächtigung

Das für Finanzen zuständige Ministerium wird ermächtigt, für folgende Verpflichtungen aus Darlehensverträgen von nicht kommunalen Darlehensnehmern Bürgschaften gegenüber der WIBank zu übernehmen:

1. Für Verpflichtungen aus Darlehensverträgen im Programmteil Wohnraum nach § 1 Abs. 3 Satz 2 bis zu einem Gesamtbetrag von 230 000 000 Euro zuzüglich der vertraglich geschuldeten Sollzinsen.
2. Für Verpflichtungen aus Darlehensverträgen im Programmteil Krankenhäuser nach § 1 Abs. 3 Satz 2 bis zu einem Gesamtbetrag von 25 666 667 Euro zuzüglich der vertraglich geschuldeten Sollzinsen.

§ 5

Fördervoraussetzungen

(1) Die Finanzhilfen des Bundes sind für Investitionen nach § 3 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes zu verwenden; dasselbe gilt für die Darlehen nach § 1 Abs. 3 Satz 1 im Programmteil

Komplementärfinanzierung Bundesprogramm.

(2) Darlehen für zusätzliche Maßnahmen nach § 1 Abs. 3 Satz 1 im Programmteil Kommunale Infrastruktur sind in folgenden Bereichen zu verwenden:

- a) Investitionen in Ganztagschulen (Pakt für den Nachmittag),
- b) sonstige Bildungsinfrastrukturinvestitionen,
- c) Verbesserung der Mobilität (insbesondere Instandhaltung und Sanierung von Straßen und Fußgängerwegen, Neuerrichtung, Instandhaltung und Sanierung von Radwegen, Verbesserungen im öffentlichen Personennahverkehr, Elektromobilität, Herstellung der Barrierefreiheit),
- d) Breitbandausbau in der Informationstechnologie,
- e) sonstige kommunale Infrastrukturinvestitionen.

Bis zu 20 Prozent der Darlehen im Programmteil Kommunale Infrastruktur können für kleinere Instandhaltungsmaßnahmen und Anschaffungen in Anspruch genommen werden (Pauschalmittel).

(3) Einrichtungen, die durch Gebühren oder Beiträge vollständig zu finanzieren sind, werden nicht gefördert.

(4) Darlehen für Maßnahmen nach § 1 Abs. 3 Satz 2 im Programmteil Wohnraum sind zur Schaffung, einschließlich der Modernisierung, von bezahlbarem Wohnraum und von Unterkünften zur Unterbringung von Flüchtlingen, im Programmteil Krankenhäuser für Investitionen in die Krankenhausinfrastruktur zu verwenden.

(5) Die Maßnahmen müssen nach dem 30. Juni 2015 begonnen werden. Maßnahmen, die aus dem Bundesprogramm finanziert werden, müssen bis zum 31. Dezember 2018 vollständig abgenommen und im Jahr 2019 vollständig abgerechnet sein. Maßnahmen, die aus dem Landesprogramm finanziert werden, müssen bis zum 31. Dezember 2020 vollständig abgenommen sein. Dies gilt nicht für den Programmteil Wohnraum, in dem nur der Maßnahmenbeginn bis zum 31. Dezember 2018 erfolgen muss.

(6) Die Förderung erfolgt trägerneutral. Finanzierungsanteile Dritter mindern die förderfähigen Kosten.

(7) Eine Kombination der Investitionsförderung aus dem Bundes- oder Landesprogramm mit anderen Förderprogrammen des Landes, des Bundes oder der Europäischen Union ist nicht zulässig. Dies gilt nicht für den Programmteil Wohnraum. § 4 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes und § 24 Abs. 1 Satz 1 des Hessischen Krankenhausgesetzes 2011 vom 21. Dezember 2010 (GVBl. I S. 587), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2015 (GVBl. S. 298), bleiben unberührt.

§ 6

Bewilligungsverfahren

(1) Bewilligungsstelle für Darlehen im Programmteil Krankenhäuser ist das für Soziales zuständige Ministerium, für Darlehen im Programmteil Wohnraum das für das Wohnungswesen zuständige Ministerium, im Übrigen das für Finanzen zuständige Ministerium. Die Bewilligungsstelle kann ihre Befugnisse auf Dritte übertragen.

(2) Antragssteller sind die Kommunen, im Programmteil Wohnraum zusätzlich die kommunaleretzenden Maßnahmenträger und im Programmteil Krankenhäuser die Krankenhausträger.

(3) Anträge auf Investitionsförderung sollen bei der Bewilligungsstelle in schriftlicher und elektronischer Form bis zum 30. Juni 2016 nach einem vorgegebenen Muster gestellt werden. Form und Frist gelten nicht für den Programmteil Wohnraum. Die Bewilligungsstelle teilt den Antragstellern mit, wenn Bedenken gegen die Förderung einer Maßnahme bestehen. Die Antragsteller sind für die Einhaltung der Fördervoraussetzungen verantwortlich.

(4) Ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung oder Abschluss eines Darlehens für eine bestimmte Maßnahme besteht nicht. Die Bewilligungsstelle entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen und auf Grundlage der in der Anlage festgelegten Kontingente.

§ 7

Verwendungsnachweis

Die zweckentsprechende Verwendung der Fördermittel ist für jede Maßnahme durch die Kommune, den kommunaleretzenden Maßnahmenträger oder den Krankenhausträger innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss der Maßnahme nachzuweisen. Das Nähere regeln die Förderrichtlinien. Die Frist gilt nicht für den Programmteil Wohnraum. Das Nähere regeln die Förderrichtlinien.

§ 8

Rückforderung und erneute Bereitstellung von Fördermitteln

(1) Fördermittel, die von einer Kommune nicht in Anspruch genommen werden, können abweichend von der in der Anlage geregelten Verteilung durch die Bewilligungsstelle neu bereitgestellt werden.

(2) Soweit bei einer Maßnahme Fördermittel nicht zweckentsprechend verwendet worden sind, werden die Finanzhilfen des Bundes und die Darlehen zurückgefordert. Dasselbe gilt bei Überschreiten der Förderquote des Bundes nach § 6 Abs. 1 Satz 1 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes in Höhe von 90 Prozent der förderfähigen Kosten bezogen auf die einzelne Maßnahme. Zurückgezahlte Fördermittel können für andere im jeweiligen Kontingent förderfähige

Maßnahmen erneut angefordert und verwendet werden.

(3) Zurückzuzahlende Fördermittel sind zu verzinsen. Der Zinssatz bestimmt sich nach dem jeweiligen Darlehenszinssatz der WIBank. Abweichend hiervon gilt hinsichtlich zurückzuzahlender Bundeszuschüsse der Zinssatz für Kredite des Bundes zur Deckung von Ausgaben, den das Bundesministerium der Finanzen jeweils durch Rundschreiben an die obersten Bundesbehörden bekannt gibt; er beträgt jedoch mindestens 0,1 Prozent jährlich. Die weiteren Kosten trägt die Kommune oder der Krankenhausträger.

§ 9

Berichts- und Nachweispflichten

Die Kommunen, die kommunaleretzenden Maßnahmenträger und Krankenhausträger haben über die geförderten Investitionsvorhaben sowie über die abgeschlossenen Maßnahmen zu berichten. Das Nähere regeln die Förderrichtlinien.

§ 10

Anwendbarkeit von Vorschriften des Finanzausgleichsgesetzes

§ 41 des Finanzausgleichsgesetzes in der Fassung vom 29. Mai 2007 (GVBl. I S. 310), aufgehoben durch Gesetz vom 23. Juli 2015 (GVBl. S. 298), findet in den Programmteilen Krankenhäuser und Wohnraum keine Anwendung; dasselbe gilt im Programmteil Kommunale Infrastruktur bei der Verteilung des Kontingents, das für Investitionen von Kommunen vorbehalten ist, in denen ein Standort zur Erstaufnahme von Flüchtlingen betrieben wird.

§ 11

Anwendbarkeit von Vorschriften der Hessischen Gemeindeordnung

(1) Abweichend von § 103 Abs. 1 Satz 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. März 2015 (GVBl. S. 158, 188), dürfen auch Erhaltungsmaßnahmen und Anschaffungen unabhängig von der Höhe der Kosten mit Darlehen aufgrund dieses Gesetzes finanziert und wie Investitionen im Finanzhaushalt gebucht werden. Abweichend von den allgemeinen Abschreibungsregeln können Investitionen, die im Programmteil Kommunale Infrastruktur finanziert werden, über die Laufzeit der Darlehen abgeschrieben werden.

(2) Die Kreditaufnahmen der Kommunen im Rahmen dieses Gesetzes gelten nach § 94 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Buchst. b der Hessischen Gemeindeordnung in der Haushaltssatzung als festgesetzt und nach § 103 Abs. 2 Satz 1 der Hessischen Gemeindeordnung als genehmigt.

(3) Abweichend von § 98 Abs. 2 Nr. 2 bis 4 der Hessischen Gemeindeordnung

ist eine Nachtragssatzung nicht erforderlich. Die für die Durchführung der nach diesem Gesetz geförderten Maßnahmen erforderlichen Auszahlungsermächtigungen können außerplanmäßig nach § 100 der Hessischen Gemeindeordnung bereitgestellt werden. Die in diesen Vorschriften genannten Voraussetzungen gelten als erfüllt.

§ 12

Prüfungsrechte der Rechnungshöfe

Die Prüfungsrechte des Hessischen Rechnungshofes, des Präsidenten des Hessischen Rechnungshofes – Überörtliche Prüfung kommunaler Körperschaften – und des Bundesrechnungshofes bleiben unberührt.

§ 13

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Es tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2050 außer Kraft.

Artikel 2²⁾

Änderung des Kommunalinvestitionsprogrammgesetzes

§ 10 des Kommunalinvestitionsprogrammgesetzes vom 25. November 2015 (GVBl. S. 414) wird wie folgt gefasst:

„§ 10

Anwendbarkeit von Vorschriften des Finanzausgleichsgesetzes

§ 56 des Finanzausgleichsgesetzes vom 23. Juli 2015 (GVBl. S. 298) findet in den Programmteilen Krankenhäuser und Wohnraum keine Anwendung; dasselbe gilt im Programmteil Kommunale Infrastruktur bei der Verteilung des Kontingents, das für Investitionen von Kommunen vorbehalten ist, in denen ein Standort zur Erstaufnahme von Flüchtlingen betrieben wird.“

Artikel 3³⁾

Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

Das Finanzausgleichsgesetz vom 23. Juli 2015 (GVBl. S. 298) wird wie folgt geändert:

1. In § 13 Abs. 2 Nr. 1 werden nach der Angabe „(GVBl. I S. 92)“ ein Komma und die Angabe „zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. November 2015 (GVBl. S. 414)“ eingefügt.
2. In § 51 Abs. 1 Satz 1 wird die Angabe „§ 37“ durch „§ 31“ und die Angabe „1. Juli 2014 (GVBl. S. 154)“ durch „25. November 2015 (GVBl. S. 414)“ ersetzt.
3. In § 52 Satz 1 wird die Angabe „28. März 2015 (GVBl. S. 158)“ durch „25. November 2015 (GVBl. S. 414)“ ersetzt.

4. In § 53 Abs. 1 wird die Angabe „28. März 2015 (GVBl. S. 158)“ durch „25. November 2015 (GVBl. S. 414)“ ersetzt.

5. § 58 Abs. 4 wird wie folgt geändert:

a) Nach der Angabe „(GVBl. S. 128)“ werden ein Komma und die Angabe „zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. November 2015 (GVBl. S. 414)“, eingefügt.

b) Folgender Satz wird angefügt:

„Des Weiteren können Zuweisungen für Zinsdiensthilfen nach Maßgabe des § 2 Abs. 3 Satz 7 und 8 des Kommunalinvestitionsprogrammgesetzes vom 25. November 2015 (GVBl. S. 414) gewährt werden.“

6. In § 62 Abs. 2 wird die Angabe „Verordnung vom 16. März 2015 (GVBl. S. 143)“ durch „Gesetz vom 25. November 2015 (GVBl. S. 414)“ ersetzt.

Artikel 4⁴⁾

Änderung des Gesetzes über den Landeswohlfahrtsverband Hessen

In § 14 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über den Landeswohlfahrtsverband Hessen vom 7. Mai 1953 (GVBl. S. 93), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2015 (GVBl. S. 298), werden nach der Angabe „(GVBl. S. 298)“ ein Komma und die Angabe „geändert durch Gesetz vom 25. November 2015 (GVBl. S. 414)“, eingefügt.

Artikel 5⁵⁾

Änderung des Gesetzes über die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main

In § 18 Satz 1 des Gesetzes über die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main vom 8. März 2011 (GVBl. I S. 153), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2015 (GVBl. S. 298), werden nach der Angabe (GVBl. S. 298) ein Komma und die Angabe „geändert durch Gesetz vom 25. November 2015 (GVBl. S. 414)“ eingefügt.

Artikel 6⁶⁾

Änderung der Hessischen Landkreisordnung

In § 53 Abs. 2 Satz 1 der Hessischen Landkreisordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2005 (GVBl. I S. 183), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2015 (GVBl. S. 298), werden nach der Angabe „(GVBl. S. 298)“ ein Komma und die Angabe „geändert durch Gesetz vom 25. November 2015 (GVBl. S. 414)“ eingefügt.

²⁾ Ändert FFN 330-49

³⁾ Ändert FFN 41-42

⁴⁾ Ändert FFN 300-5

⁵⁾ Ändert FFN 330-48

⁶⁾ Ändert FFN 332-1

Artikel 7⁷⁾**Änderung des Hessischen
Krankenhausgesetzes 2011**

In § 31 Satz 1 des Hessischen Krankenhausgesetzes 2011 vom 21. Dezember 2010 (GVBl. I S. 587), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2015 (GVBl. S. 298), wird die Angabe „§ 38 des Finanzausgleichsgesetzes in der Fassung vom 29. Mai 2007 (GVBl. I S. 310), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Juni 2013 (GVBl. S. 446)“ durch „§ 51 des Finanzausgleichsgesetzes vom 23. Juli 2015 (GVBl. S. 298), geändert durch Gesetz vom 25. November 2015 (GVBl. S. 414)“ ersetzt.

Artikel 8⁸⁾**Änderung der Hessischen
Ausführungsverordnung zum
Gemeindefinanzreformgesetz**

Die Hessische Ausführungsverordnung zum Gemeindefinanzreformgesetz vom 11. März 1998 (GVBl. I S. 87, 204), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2015 (GVBl. S. 298), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 werden nach der Angabe „(GVBl. S. 298)“ ein Komma und die Angabe „geändert durch Gesetz vom 25. November 2015 (GVBl. S. 414),“ eingefügt.
2. In § 3 Abs. 4 Satz 1 wird die Angabe „§ 46a“ durch „§ 62“ ersetzt.

Artikel 9⁹⁾**Änderung des Hessischen
Sonderinvestitionsprogrammgesetzes**

In § 7 des Hessischen Sonderinvestitionsprogrammgesetzes vom 9. März 2009

(GVBl. I S. 92), geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2015 (GVBl. S. 298), werden nach der Angabe „(GVBl. S. 298)“ ein Komma und die Angabe „geändert durch Gesetz vom 25. November 2015 (GVBl. S. 414),“ eingefügt.

Artikel 10¹⁰⁾**Änderung des Schutzschirmgesetzes**

In § 1 Abs. 4 Satz 1 des Schutzschirmgesetzes vom 14. Mai 2012 (GVBl. S. 128), geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2015 (GVBl. S. 298), werden nach der Angabe „§ 58 Abs. 4“ die Angabe „Satz 1“ und nach der Angabe „(GVBl. S. 298)“ ein Komma und die Angabe „geändert durch Gesetz vom 25. November 2015 (GVBl. S. 414),“ eingefügt.

Artikel 11**Zuständigkeitsvorbehalt**

Soweit durch Art. 8 dieses Gesetzes eine Rechtsverordnung geändert wird, bleibt die Befugnis der zuständigen Stelle, die Verordnung künftig zu ändern oder aufzuheben, unberührt.

Artikel 12**Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Abweichend von Satz 1 treten die Artikel 2 bis 11 am 1. Januar 2016 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Wiesbaden, den 25. November 2015

Der Hessische Ministerpräsident
Bouffier

Der Hessische Minister
der Finanzen
Dr. Schäfer

⁷⁾ Ändert FFN 351-84

⁸⁾ Ändert FFN 41-22

⁹⁾ Ändert FFN 41-39

¹⁰⁾ Ändert FFN 41-40

Anlage
Kontingentverteilung Kommunalinvestitionsprogramm

(zu § 1 Abs. 1 Satz 1 KIPG)

GKZ	Kommunen	Kontingent Bundesprogramm in Euro	davon Bundeszuschuss in Euro	davon Kofinanzierung Bundesprogramm in Euro	Kontingent Landesprogramm in Euro	Gesamtkontingent Landes- und Bundesprogramm in Euro
6411000	DARMSTADT, WISSENSCHAFTSSTADT				15.477.039	15.477.039
6412000	FRANKFURT AM MAIN, STADT				26.399.629	26.399.629
6413000	OFFENBACH AM MAIN, STADT	20.963.802	18.866.802	2.097.000	10.240.571	31.204.373
6414000	WIESBADEN, LANDESHAUPTSTADT				18.593.740	18.593.740
6431000	LANDKREIS BERGSTRASSE				7.392.387	7.392.387
6431001	ABTSTEINACH				123.356	123.356
6431002	BENSHEIM, STADT				980.931	980.931
6431003	BIBLIS				301.538	301.538
6431004	BIRKENAU	781.820	702.820	79.000	259.130	1.040.950
6431005	BUERSTADT, STADT	1.389.479	1.250.479	139.000	458.525	1.848.004
6431006	EINHAUSEN				178.915	178.915
6431007	FUERTH	815.343	733.343	82.000	267.811	1.083.154
6431008	GORXHEIMERTAL	277.480	249.480	28.000	105.054	382.534
6431009	GRASELLENBACH	299.705	269.705	30.000	107.039	406.744
6431010	GROSS-ROHRHEIM				138.585	138.585
6431011	HEPPENHEIM (BERGSTRASSE), KREISSTADT				800.673	800.673
6431012	HIRSCHHORN (NECKAR), STADT				135.272	135.272
6431013	LAMPERTHEIM, STADT	2.492.230	2.242.230	250.000	711.103	3.203.333
6431014	LAUTERTAL (ODENWALD)				193.712	193.712
6431015	LINDENFELS, STADT	354.087	318.087	36.000	118.389	472.476
6431016	LORSCH, KAROLINGERSTADT	1.059.715	953.715	106.000	426.284	1.485.999
6431017	MOERLENBACH	733.546	659.546	74.000	265.282	998.828
6431018	NECKARSTEINACH, STADT				143.876	143.876
6431019	RIMBACH				336.879	336.879
6431020	VIERNHEIM, STADT	2.413.744	2.171.744	242.000	723.485	3.137.229
6431021	WALD-MICHELBACH	829.424	746.424	83.000	275.434	1.104.858
6431022	ZWINGENBERG, STADT				184.208	184.208
6432000	LANDKREIS DARMSTADT-DIEBURG				7.711.393	7.711.393
6432001	ALSBACH-HAEHNLEIN				328.508	328.508
6432002	BABENHAUSEN, STADT				434.559	434.559
6432003	BICKENBACH				162.131	162.131

Kontingentverteilung Kommunalinvestitionsprogramm

Anlage

(zu § 1 Abs. 1 Satz 1 KIPG)

GKZ	Kommunen	Kontingent Bundesprogramm in Euro	davon Bundeszuschuss in Euro	davon Kofinanzierung Bundesprogramm in Euro	Kontingent Landesprogramm in Euro	Gesamtkontingent Landes- und Bundesprogramm in Euro
6432004	DIEBURG, STADT				628.354	628.354
6432005	EPPERTSHAUSEN				175.233	175.233
6432006	ERZHAUSEN	541.460	486.460	55.000	218.596	760.056
6432007	FISCHBACHTAL	187.154	168.154	19.000	84.482	271.636
6432008	GRIESHEIM, STADT	1.888.322	1.699.322	189.000	597.399	2.485.721
6432009	GROSS-BIEBERAU, STADT				135.572	135.572
6432010	GROSS-UMSTADT, STADT	1.564.430	1.407.430	157.000	522.923	2.087.353
6432011	GROSS-ZIMMERN	967.671	870.671	97.000	317.949	1.285.620
6432012	MESSEL				140.718	140.718
6432013	MODAUTAL				163.205	163.205
6432014	MUEHLTAL				396.653	396.653
6432015	MUENSTER	1.075.217	967.217	108.000	316.406	1.391.623
6432016	OBER-RAMSTADT, STADT				411.194	411.194
6432017	OTZBERG				182.529	182.529
6432018	PFUNGSTADT, STADT	1.871.804	1.683.804	188.000	569.435	2.441.239
6432019	REINHEIM, STADT				444.487	444.487
6432020	ROSSDORF				369.808	369.808
6432021	SCHAAFHEIM	705.625	634.625	71.000	250.235	955.860
6432022	SEEHEIM-JUGENHEIM				434.089	434.089
6432023	WEITERSTADT, STADT				769.261	769.261
6433000	LANDKREIS GROSS-GERAU				8.324.283	8.324.283
6433001	BIEBESHEIM AM RHEIN				169.988	169.988
6433002	BISCHOFSCHEIM	923.461	830.461	93.000	291.092	1.214.553
6433003	BUETTELBORN				414.488	414.488
6433004	GERNSHEIM, SCHOEFFERSTADT				326.693	326.693
6433005	GINSHEIM-GUSTAVSBURG				434.311	434.311
6433006	GROSS-GERAU, STADT				783.309	783.309
6433007	KELSTERBACH, STADT				381.304	381.304
6433008	MOERFELDEN-WALLDORF, STADT				918.192	918.192
6433009	NAUHEIM				364.430	364.430
6433010	RAUNHEIM, STADT				422.703	422.703
6433011	RIEDSTADT, STADT	1.636.892	1.472.892	164.000	423.333	2.060.225

Anlage
Kontingentverteilung Kommunalinvestitionsprogramm

(zu § 1 Abs. 1 Satz 1 KIPG)

GKZ	Kommunen	Kontingent Bundesprogramm in Euro	davon Bundeszuschuss in Euro	davon Kofinanzierung Bundesprogramm in Euro	Kontingent Landesprogramm in Euro	Gesamtkontingent Landes- und Bundesprogramm in Euro
6433012	RUESSELSHEIM, STADT	4.571.225	4.113.225	458.000	1.751.134	6.322.359
6433013	STOCKSTADT AM RHEIN				174.969	174.969
6433014	TREBUR				396.710	396.710
6434000	HOCHTAUNUSKREIS				6.442.677	6.442.677
6434001	BAD HOMBURG VOR DER HOEHE, STADT				1.695.879	1.695.879
6434002	FRIEDRICHSDORF, STADT				787.583	787.583
6434003	GLASHUETTEN				159.551	159.551
6434004	GRAEVENWIESBACH				165.911	165.911
6434005	KOENIGSTEIN IM TAUNUS, STADT				658.469	658.469
6434006	KRONBERG IM TAUNUS, STADT				658.287	658.287
6434007	NEU-ANSPACH, STADT				414.681	414.681
6434008	OBERURSEL (TAUNUS), STADT				1.051.545	1.051.545
6434009	SCHMITTEN				330.272	330.272
6434010	STEINBACH (TAUNUS), STADT				357.582	357.582
6434011	USINGEN, STADT	1.052.048	946.048	106.000	436.314	1.488.362
6434012	WEHRHEIM				309.106	309.106
6434013	WEILROD				179.230	179.230
6435000	MAIN-KINZIG-KREIS				10.469.272	10.469.272
6435001	BAD ORB, STADT	917.029	825.029	92.000	368.903	1.285.932
6435002	BAD SODEN-SALMUENSTER, STADT	1.186.316	1.067.316	119.000	431.170	1.617.486
6435003	BIEBERGEMUEND				187.229	187.229
6435004	BIRSTEIN				181.637	181.637
6435005	BRACHTTAL	382.680	343.680	39.000	122.791	505.471
6435006	BRUCHKOBEL, STADT	1.743.718	1.568.718	175.000	532.913	2.276.631
6435007	ERLENSEE	1.033.588	929.588	104.000	305.618	1.339.206
6435008	FLOERSBACHTAL	182.839	163.839	19.000	83.999	266.838
6435009	FREIGERICHT	1.036.374	932.374	104.000	318.397	1.354.771
6435010	GELINHAUSEN, BARBAROSSASTADT, KREISSTADT				750.054	750.054
6435011	GROSSKROTZENBURG	712.369	640.369	72.000	171.722	884.091
6435012	GRUENDAU				420.017	420.017
6435013	HAMMERSBACH				157.772	157.772

Kontingentverteilung Kommunalinvestitionsprogramm

Anlage

(zu § 1 Abs. 1 Satz 1 KIPG)

GKZ	Kommunen	Kontingent Bundesprogramm in Euro	davon Bundeszuschuss in Euro	davon Kofinanzierung Bundesprogramm in Euro	Kontingent Landesprogramm in Euro	Gesamtkontingent Landes- und Bundesprogramm in Euro
6435014	HANAU, BRUEDER-GRIMM-STADT	5.709.700	5.138.700	571.000	2.068.953	7.778.653
6435015	HASSELROTH				193.506	193.506
6435016	JOSSGRUND	257.061	231.061	26.000	102.795	359.856
6435017	LANGENSELBOLD, STADT				384.359	384.359
6435018	LINSENGERICHT				351.985	351.985
6435019	MAINTAL, STADT	2.856.266	2.570.266	286.000	754.161	3.610.427
6435020	NEUBERG				164.488	164.488
6435021	NIDDERAU, STADT				476.804	476.804
6435022	NIEDERDORFELDEN				133.856	133.856
6435023	RODENBACH				368.576	368.576
6435024	RONNEBURG				138.876	138.876
6435025	SCHLUECHTERN, STADT	1.394.649	1.254.649	140.000	481.612	1.876.261
6435026	SCHOENECK				385.093	385.093
6435027	SINNTAL	767.533	690.533	77.000	251.878	1.019.411
6435028	STEINAU AN DER STRASSE, BRUEDER-GRIMM-STADT	749.157	674.157	75.000	273.399	1.022.556
6435029	WAECHTERSACH, STADT	1.076.879	968.879	108.000	415.112	1.491.991
6436000	MAIN-TAUNUS-KREIS				5.026.271	5.026.271
6436001	BAD SODEN AM TAUNUS, STADT				696.004	696.004
6436002	EPPSTEIN, STADT				392.418	392.418
6436003	ESCHBORN, STADT				359.339	359.339
6436004	FLOERSHEIM AM MAIN, STADT	1.432.982	1.288.982	144.000	514.348	1.947.330
6436005	HATTERSHEIM AM MAIN, STADT	1.916.143	1.724.143	192.000	596.002	2.512.145
6436006	HOCHHEIM AM MAIN, STADT				678.088	678.088
6436007	HOFHEIM AM TAUNUS, KREISSTADT				976.452	976.452
6436008	KELKHEIM (TAUNUS), STADT	2.042.038	1.837.038	205.000	632.591	2.674.629
6436009	KRIFTEL				333.998	333.998
6436010	LIEDERBACH AM TAUNUS				325.850	325.850
6436011	SCHWALBACH AM TAUNUS, STADT				580.157	580.157
6436012	SULZBACH (TAUNUS)				195.704	195.704
6437000	ODENWALDKREIS	7.571.632	6.813.632	758.000	3.485.316	11.056.948
6437001	BAD KOENIG, STADT	758.354	682.354	76.000	252.232	1.010.586

Kontingentverteilung Kommunalinvestitionsprogramm

Anlage

(zu § 1 Abs. 1 Satz 1 KIPG)

GKZ	Kommunen	Kontingent Bundesprogramm in Euro	davon Bundeszuschuss in Euro	davon Kofinanzierung Bundesprogramm in Euro	Kontingent Landesprogramm in Euro	Gesamtkontingent Landes- und Bundesprogramm in Euro
6437002	BEERFELDEN, STADT	433.214	389.214	44.000	141.236	574.450
6437003	BRENSBACH				164.223	164.223
6437004	BREUBERG, STADT				185.991	185.991
6437005	BROMBACHTAL	271.806	243.806	28.000	99.446	371.252
6437006	ERBACH, KREISSTADT	1.142.189	1.027.189	115.000	430.220	1.572.409
6437007	FRAENKISCH-CRUMBACH				138.149	138.149
6437008	HESSENECK	54.021	48.021	6.000	57.658	111.679
6437009	HOECHST IM ODENWALD	779.311	701.311	78.000	258.250	1.037.561
6437010	LUETZELBACH	545.021	490.021	55.000	148.860	693.881
6437011	MICHELSTADT, STADT	1.368.317	1.231.317	137.000	462.274	1.830.591
6437012	MOSSAUTAL				127.594	127.594
6437013	REICHELHEIM (ODENWALD)	645.082	580.082	65.000	242.428	887.510
6437014	ROTHENBERG	169.843	152.843	17.000	81.647	251.490
6437015	SENSBACHTAL	82.212	73.212	9.000	62.604	144.816
6438000	LANDKREIS OFFENBACH				8.081.055	8.081.055
6438001	DIETZENBACH, KREISSTADT	2.493.415	2.243.415	250.000	693.540	3.186.955
6438002	DREIEICH, STADT				989.026	989.026
6438003	EGELSBACH				359.158	359.158
6438004	HAINBURG	997.752	897.752	100.000	326.731	1.324.483
6438005	HEUSENSTAMM, STADT				698.722	698.722
6438006	LANGEN (HESSEN), STADT	2.637.979	2.373.979	264.000	734.500	3.372.479
6438007	MAINHAUSEN	393.610	353.610	40.000	234.804	628.414
6438008	MUEHLHEIM AM MAIN, STADT	2.174.279	1.956.279	218.000	618.560	2.792.839
6438009	NEU-ISENBURG, STADT				898.203	898.203
6438010	OBERTSHAUSEN, STADT	1.556.720	1.400.720	156.000	579.466	2.136.186
6438011	RODGAU, STADT	3.152.927	2.836.927	316.000	852.787	4.005.714
6438012	ROEDERMARK, STADT	1.931.304	1.737.304	194.000	598.366	2.529.670
6438013	SELIGENSTADT, STADT				732.567	732.567
6439000	RHEINGAU-TAUNUS-KREIS				6.290.849	6.290.849
6439001	AARBERGEN				177.364	177.364
6439002	BAD SCHWALBACH, KREISSTADT	908.738	817.738	91.000	379.468	1.288.206

Kontingentverteilung Kommunalinvestitionsprogramm

Anlage

(zu § 1 Abs. 1 Satz 1 KIPG)

GKZ	Kommunen	Kontingent Bundesprogramm in Euro	davon Bundeszuschuss in Euro	davon Kofinanzierung Bundesprogramm in Euro	Kontingent Landesprogramm in Euro	Gesamtkontingent Landes- und Bundesprogramm in Euro
6439003	ELTVILLE AM RHEIN, STADT				683.490	683.490
6439004	GEISENHEIM, STADT	933.732	839.732	94.000	402.124	1.335.856
6439005	HEIDENROD	626.653	563.653	63.000	226.052	852.705
6439006	HOHENSTEIN				178.777	178.777
6439007	HUENSTETTEN	745.512	670.512	75.000	261.490	1.007.002
6439008	IDSTEIN, STADT				767.825	767.825
6439009	KIEDRICH				143.924	143.924
6439010	LORCH, STADT	287.419	258.419	29.000	103.621	391.040
6439011	NIEDERNHAUSEN				417.717	417.717
6439012	OESTRICH-WINKEL, STADT	809.697	728.697	81.000	274.142	1.083.839
6439013	RUEDESHEIM AM RHEIN, STADT	832.680	748.680	84.000	367.356	1.200.036
6439014	SCHLANGENBAD				177.844	177.844
6439015	TAUNUSSTEIN, STADT				853.119	853.119
6439016	WALDEMS				164.013	164.013
6439017	WALLUF				150.178	150.178
6440000	WETTERAUkreis				8.012.976	8.012.976
6440001	ALTENSTADT				382.743	382.743
6440002	BAD NAUHEIM, STADT	2.584.753	2.325.753	259.000	669.042	3.253.795
6440003	BAD VILBEL, STADT				881.307	881.307
6440004	BUEDINGEN, STADT	1.733.692	1.559.692	174.000	534.280	2.267.972
6440005	BUTZBACH, FRIEDRICH-LUDWIG-WEIDIG-STADT	2.101.997	1.890.997	211.000	602.129	2.704.126
6440006	ECHZELL				173.047	173.047
6440007	FLORSTADT, STADT	657.457	591.457	66.000	240.902	898.359
6440008	FRIEDBERG (HESSEN), Kreisstadt	2.084.588	1.875.588	209.000	628.312	2.712.900
6440009	GEDERN, STADT				318.537	318.537
6440010	GLAUBURG	205.459	184.459	21.000	92.207	297.666
6440011	HIRZENHAIN	203.349	182.349	21.000	88.932	292.281
6440012	KARBEN, STADT				515.379	515.379
6440013	KEFENROD				125.420	125.420
6440014	LIMESHAIN				166.896	166.896
6440015	MUENZENBERG, STADT				170.752	170.752
6440016	NIDDA, STADT	1.514.002	1.362.002	152.000	494.117	2.008.119

Kontingentverteilung Kommunalinvestitionsprogramm

Anlage

(zu § 1 Abs. 1 Satz 1 KIPG)

GKZ	Kommunen	Kontingent Bundesprogramm in Euro	davon Bundeszuschuss in Euro	davon Kofinanzierung Bundesprogramm in Euro	Kontingent Landesprogramm in Euro	Gesamtkontingent Landes- und Bundesprogramm in Euro
6440017	NIDDATAL, STADT	657.202	591.202	66.000	244.620	901.822
6440018	OBER-MOERLEN				166.163	166.163
6440019	ORTENBERG, STADT	747.389	672.389	75.000	253.285	1.000.674
6440020	RANSTADT				161.758	161.758
6440021	REICHELHEIM (WETTERAU), STADT				187.436	187.436
6440022	ROCKENBERG				151.390	151.390
6440023	ROSBACH VOR DER HOEHE, STADT				361.117	361.117
6440024	WOELFERSHEIM	719.324	647.324	72.000	267.888	987.212
6440025	WOELLSTADT				179.247	179.247
6531000	LANDKREIS GIESSEN	19.352.144	17.416.144	1.936.000	6.304.942	25.657.086
6531001	ALLENDORF (LUMDA), STADT	279.320	251.320	28.000	108.868	388.188
6531002	BIEBERTAL				359.212	359.212
6531003	BUSECK				400.655	400.655
6531004	FERNWALD				177.925	177.925
6531005	GIESSEN, UNIVERSITAETSSTADT	6.627.670	5.964.670	663.000	2.063.881	8.691.551
6531006	GRUENBERG, STADT	1.051.557	945.557	106.000	420.377	1.471.934
6531007	HEUCHELHEIM				182.503	182.503
6531008	HJUNGEN, STADT	1.054.574	948.574	106.000	411.092	1.465.666
6531009	LANGGOENS				380.368	380.368
6531010	LAUBACH, STADT	825.745	742.745	83.000	377.953	1.203.698
6531011	LICH, STADT	1.014.560	912.560	102.000	422.077	1.436.637
6531012	LINDEN, STADT				388.687	388.687
6531013	LOLLAR, STADT	747.864	672.864	75.000	262.346	1.010.210
6531014	POHLHEIM, STADT	1.443.416	1.298.416	145.000	368.800	1.812.216
6531015	RABENAU	392.260	352.260	40.000	123.029	515.289
6531016	REISKIRCHEN				361.407	361.407
6531017	STAUFENBERG, STADT	606.096	545.096	61.000	227.601	833.697
6531018	WETTENBERG				383.070	383.070
6532000	LAHN-DILL-KREIS				8.165.926	8.165.926
6532001	ASSLAR, STADT				376.464	376.464
6532002	BISCHOFFEN				140.399	140.399

Anlage
Kontingentverteilung Kommunalinvestitionsprogramm

(zu § 1 Abs. 1 Satz 1 KIPG)

GKZ	Kommunen	Kontingent Bundesprogramm in Euro	davon Bundeszuschuss in Euro	davon Koffinanzierung Bundesprogramm in Euro	Kontingent Landesprogramm in Euro	Gesamtkontingent Landes- und Bundesprogramm in Euro
6532003	BRAUNFELS, STADT	862.832	775.832	87.000	275.553	1.138.385
6532004	BREITSCHEID				161.857	161.857
6532005	DIETZHOELZTAL				126.282	126.282
6532006	DILLENBURG, STADT	1.757.982	1.581.982	176.000	587.432	2.345.414
6532007	DRIEDORF				161.721	161.721
6532008	EHRINGSHAUSEN				344.203	344.203
6532009	ESCHENBURG				352.429	352.429
6532010	GREIFENSTEIN				189.946	189.946
6532011	HAIGER, STADT				712.275	712.275
6532012	HERBORN, STADT				705.286	705.286
6532013	HOHENAHR	347.564	312.564	35.000	120.531	468.095
6532014	HUETTENBERG				369.431	369.431
6532015	LAHNAU				322.212	322.212
6532016	LEUN, STADT	453.069	407.069	46.000	130.983	584.052
6532017	MITTENAAR				159.098	159.098
6532018	SCHOFFENGRUND	456.552	410.552	46.000	138.334	594.886
6532019	SIEGBACH	211.023	189.023	22.000	88.522	299.545
6532020	SINN				184.225	184.225
6532021	SOLMS, STADT				394.480	394.480
6532022	WALDSOLMS	331.129	297.129	34.000	116.315	447.444
6532023	WETZLAR, STADT	3.895.457	3.505.457	390.000	1.680.501	5.575.958
6533000	LANDKREIS LIMBURG-WEILBURG	12.345.565	11.110.565	1.235.000	4.528.567	16.874.132
6533001	BESELICH	406.014	365.014	41.000	145.852	551.866
6533002	BRECHEN				184.569	184.569
6533003	BAD CAMBERG, STADT				407.502	407.502
6533004	DORNBURG	653.627	587.627	66.000	243.005	896.632
6533005	ELBTAL	168.319	151.319	17.000	84.486	252.805
6533006	ELZ				322.874	322.874
6533007	HADAMAR, STADT	1.031.042	927.042	104.000	296.999	1.328.041
6533008	HUENFELDEN	809.505	728.505	81.000	260.940	1.070.445
6533009	LIMBURG AN DER LAHN, KREISSTADT				912.358	912.358
6533010	LOEHNBERG	288.057	259.057	29.000	116.870	404.927

Anlage
Kontingentverteilung Kommunalinvestitionsprogramm

(zu § 1 Abs. 1 Satz 1 KIPG)

GKZ	Kommunen	Kontingent Bundesprogramm in Euro	davon Bundeszuschuss in Euro	davon Kofinanzierung Bundesprogramm in Euro	Kontingent Landesprogramm in Euro	Gesamtkontingent Landes- und Bundesprogramm in Euro
6533011	MENGERSKIRCHEN, MARKTFLECKEN	403.148	362.148	41.000	136.809	539.957
6533012	MERENBERG, MARKTFLECKEN				139.165	139.165
6533013	RUNKEL, STADT				353.510	353.510
6533014	SELTERS (TAUNUS)	723.217	650.217	73.000	236.723	959.940
6533015	VILLMAR, MARKTFLECKEN	471.906	423.906	48.000	151.858	623.764
6533016	WALDBRUNN (WESTERWALD)	456.804	410.804	46.000	137.364	594.168
6533017	WEILBURG, STADT	1.047.298	942.298	105.000	417.547	1.464.845
6533018	WEILMÜENSTER, MARKTFLECKEN	646.669	581.669	65.000	253.843	900.512
6533019	WEINBACH	354.474	318.474	36.000	113.398	467.872
6534000	LANDKREIS MARBURG-BIEDENKOPF				7.847.628	7.847.628
6534001	AMOENEBURG, STADT	375.127	337.127	38.000	123.691	498.818
6534002	ANGELBURG	247.884	222.884	25.000	98.873	346.757
6534003	BAD ENDBACH	747.085	672.085	75.000	242.552	989.637
6534004	BIEDENKOPF, STADT				633.809	633.809
6534005	BREIDENBACH				181.772	181.772
6534006	COELBE				188.254	188.254
6534007	DAUTPHETAL	853.045	767.045	86.000	278.752	1.131.797
6534008	EBSDORFERGRUND	675.674	607.674	68.000	243.886	919.560
6534009	FRONHAUSEN				146.332	146.332
6534010	GLADENBACH, STADT	1.096.269	986.269	110.000	413.101	1.509.370
6534011	KIRCHHAIN, STADT	1.366.319	1.229.319	137.000	471.172	1.837.491
6534012	LAHNTAL	486.619	437.619	49.000	146.397	633.016
6534013	LOHRA				172.164	172.164
6534014	MARBURG, UNIVERSITÄTSTADT				2.539.323	2.539.323
6534015	MUENCHHAUSEN	265.027	238.027	27.000	98.623	363.650
6534016	NEUSTADT (HESSEN), STADT	792.478	712.478	80.000	247.632	1.040.110
6534017	RAUSCHENBERG, STADT	347.885	312.885	35.000	114.307	462.192
6534018	STADTALLENDORF, STADT				677.478	677.478
6534019	STEFFENBERG				143.578	143.578
6534020	WEIMAR (LAHN)				191.806	191.806
6534021	WETTER (HESSEN), STADT	775.547	697.547	78.000	249.285	1.024.832
6534022	WOHRATAL	185.512	166.512	19.000	83.492	269.004

Anlage
Kontingentverteilung Kommunalinvestitionsprogramm

(zu § 1 Abs. 1 Satz 1 KIPG)

GKZ	Kommunen	Kontingent Bundesprogramm in Euro	davon Bundeszuschuss in Euro	davon Kofinanzierung Bundesprogramm in Euro	Kontingent Landesprogramm in Euro	Gesamtkontingent Landes- und Bundesprogramm in Euro
6535000	VOGELSBURG	8.509.219	7.658.219	851.000	3.569.814	12.079.033
6535001	ALSFELD, STADT	1.305.661	1.174.661	131.000	456.437	1.762.098
6535002	ANTRIFTAL	157.664	141.664	16.000	79.787	237.451
6535003	FELDTAL	206.469	185.469	21.000	84.640	291.109
6535004	FREIENSTEINAU	253.147	227.147	26.000	95.580	348.727
6535005	GEMJENDEN (FELDA)	212.557	190.557	22.000	87.889	300.446
6535006	GREBENAU, STADT	176.006	158.006	18.000	82.500	258.506
6535007	GREBENHAIN	321.744	288.744	33.000	116.071	437.815
6535008	HERBSTEIN, STADT				160.398	160.398
6535009	HOMBERG (OHM), STADT				313.420	313.420
6535010	KIRTORF, STADT	236.206	212.206	24.000	94.441	330.647
6535011	LAUTERBACH (HESSEN), KREISSTADT	1.042.299	937.299	105.000	415.869	1.458.168
6535012	LAUTERTAL (VOGELSBURG)	176.302	158.302	18.000	81.740	258.042
6535013	MUECKE	664.381	597.381	67.000	243.503	907.884
6535014	ROMROD, STADT	206.097	185.097	21.000	88.870	294.967
6535015	SCHLITZ, STADT	796.737	716.737	80.000	253.889	1.050.626
6535016	SCHOTTEN, STADT	843.115	758.115	85.000	262.797	1.105.912
6535017	SCHWALMTAL	214.932	192.932	22.000	90.070	305.002
6535018	ULRICHSTEIN, STADT				135.331	135.331
6535019	WARTENBERG				148.693	148.693
6611000	KASSEL, DOCUMENTA-STADT	29.435.048	26.491.048	2.944.000	11.522.412	40.957.460
6631000	LANDKREIS FULDA	16.198.782	14.578.782	1.620.000	5.923.684	22.122.466
6631001	BAD SALZSCHLIRF				134.990	134.990
6631002	BURGHAIN				181.674	181.674
6631003	DIPPERZ	237.066	213.066	24.000	101.511	338.577
6631004	EBERSBURG	305.907	274.907	31.000	118.248	424.155
6631005	EHRENBERG (RHOEN)	195.005	175.005	20.000	86.167	281.172
6631006	EICHENZELL				367.014	367.014
6631007	EITERFELD				187.402	187.402
6631008	FLIEDEN	779.147	701.147	78.000	253.566	1.032.713

Anlage
Kontingentverteilung Kommunalinvestitionsprogramm

(zu § 1 Abs. 1 Satz 1 KIPG)

GKZ	Kommunen	Kontingent Bundesprogramm in Euro	davon Bundeszuschuss in Euro	davon Kofinanzierung Bundesprogramm in Euro	Kontingent Landesprogramm in Euro	Gesamtkontingent Landes- und Bundesprogramm in Euro
6631009	FULDA, STADT	4.731.582	4.257.582	474.000	1.867.027	6.598.609
6631010	GERSFELD (RHOEN), STADT	444.013	399.013	45.000	132.159	576.172
6631011	GROSSENLUEDER	664.755	597.755	67.000	239.067	903.822
6631012	HILDERS	332.987	298.987	34.000	126.278	459.265
6631013	HOFBIEBER	465.409	418.409	47.000	140.405	605.814
6631014	HOSENFELD	368.730	331.730	37.000	121.306	490.036
6631015	HUENFELD, KONRAD-ZUSE-STADT	1.223.540	1.100.540	123.000	480.596	1.704.136
6631016	KALBACH	439.756	395.756	44.000	148.700	588.456
6631017	KUENZELL	1.301.889	1.170.889	131.000	368.925	1.670.814
6631018	NEUHOF				334.394	334.394
6631019	NUESTTAL	236.597	212.597	24.000	92.076	328.673
6631020	PETERSBERG				429.998	429.998
6631021	POPENHAUSEN (WASSERKUPPE)	173.422	155.422	18.000	88.521	261.943
6631022	RASDORF				113.764	113.764
6631023	TANN (RHOEN), STADT	357.604	321.604	36.000	118.707	476.311
6632000	LANDKREIS HERSFELD-ROTENBURG				5.450.885	5.450.885
6632001	ALHEIM	364.104	327.104	37.000	129.681	493.785
6632002	BAD HERSFELD, KREISSTADT	2.172.916	1.954.916	218.000	641.086	2.814.002
6632003	BEBRA, STADT	1.281.025	1.152.025	129.000	441.435	1.722.460
6632004	BREITENBACH AM HERZBERG	155.971	139.971	16.000	76.878	232.849
6632005	CORNBERG	126.743	113.743	13.000	69.716	196.459
6632006	FRIEDEWALD				124.786	124.786
6632007	HAUNECK	232.198	208.198	24.000	96.011	328.209
6632008	HAUNETAL	225.815	202.815	23.000	92.458	318.273
6632009	HERINGEN (WERRA), STADT				478.963	478.963
6632010	HOHENRODA	229.288	206.288	23.000	92.627	321.915
6632011	KIRCHHEIM				146.367	146.367
6632012	LUDWIGSAU	507.035	456.035	51.000	136.744	643.779
6632013	NENTERSHAUSEN	244.717	219.717	25.000	89.926	334.643
6632014	NEUENSTEIN				128.263	128.263
6632015	NIEDERLAUA				168.528	168.528
6632016	PHILIPPSTHAL (WERRA)				76.953	76.953

Anlage
Kontingentverteilung Kommunalinvestitionsprogramm

(zu § 1 Abs. 1 Satz 1 KIPG)

GKZ	Kommunen	Kontingent Bundesprogramm in Euro	davon Bundeszuschuss in Euro	davon Kofinanzierung Bundesprogramm in Euro	Kontingent Landesprogramm in Euro	Gesamtkontingent Landes- und Bundesprogramm in Euro
6632017	RONSHAUSEN	194.992	174.992	20.000	82.734	277.726
6632018	ROTBURG AN DER FULDA, STADT	1.336.964	1.202.964	134.000	439.782	1.776.746
6632019	SCHENKLENGSFELD	339.193	305.193	34.000	114.566	453.759
6632020	WILDECK	389.499	350.499	39.000	121.872	511.371
6633000	LANDKREIS KASSEL				7.020.739	7.020.739
6633001	AHNATAL	612.121	550.121	62.000	226.450	838.571
6633002	BAD KARLSHAFEN, STADT	267.065	240.065	27.000	99.017	366.082
6633003	BAUNATAL, STADT				746.678	746.678
6633004	BREUNA	278.523	250.523	28.000	99.450	377.973
6633005	CALDEN				197.265	197.265
6633006	BAD EMSTAL	462.519	415.519	47.000	133.714	596.233
6633007	ESPEAU	363.065	326.065	37.000	117.612	480.677
6633008	FULDABRUECK				326.740	326.740
6633009	FULDATAL	961.257	864.257	97.000	285.041	1.246.298
6633010	GREBENSTEIN, STADT	473.773	425.773	48.000	132.861	606.634
6633011	HABICHTSWALD	373.297	335.297	38.000	119.596	492.893
6633012	HELSA	445.376	400.376	45.000	127.181	572.557
6633013	HOFGEISMAR, STADT	1.387.420	1.248.420	139.000	456.316	1.843.736
6633014	IMMENHAUSEN, STADT	469.173	422.173	47.000	145.483	614.656
6633015	KAUFUNGEN				393.330	393.330
6633016	LIEBENAU, STADT	265.116	238.116	27.000	95.738	360.854
6633017	LOHFELDEN				405.326	405.326
6633018	NAUMBURG, STADT	386.746	347.746	39.000	121.564	508.310
6633019	NIESTE	128.693	115.693	13.000	73.060	201.753
6633020	NIESTETAL				342.413	342.413
6633021	OBERWESER	254.508	228.508	26.000	94.414	348.922
6633022	REINHARDSHAGEN	344.015	309.015	35.000	113.537	457.552
6633023	SCHAUENBURG	818.893	736.893	82.000	258.879	1.077.772
6633024	SOEHREWALD	375.853	337.853	38.000	117.558	493.411
6633025	TRENDELBURG, STADT	413.691	371.691	42.000	121.999	535.690
6633026	VELLMAR, STADT	1.626.472	1.463.472	163.000	495.020	2.121.492
6633027	WAHLSBURG	191.307	171.307	20.000	79.933	271.240

Anlage
Kontingentverteilung Kommunalinvestitionsprogramm

(zu § 1 Abs. 1 Satz 1 KIPG)

GKZ	Kommunen	Kontingent Bundesprogramm in Euro	davon Bundeszuschuss in Euro	davon Kofinanzierung Bundesprogramm in Euro	Kontingent Landesprogramm in Euro	Gesamtkontingent Landes- und Bundesprogramm in Euro
6633028	WOLFHAGEN, STADT	1.111.229	999.229	112.000	410.917	1.522.146
6633029	ZIERENBERG, STADT	463.053	416.053	47.000	139.990	603.043
6634000	SCHWALM-EDER-KREIS	14.928.557	13.435.557	1.493.000	4.734.003	19.662.560
6634001	BORKEN (HESSEN), STADT	1.301.527	1.170.527	131.000	429.391	1.730.918
6634002	EDERMUENDE	498.036	448.036	50.000	153.609	651.645
6634003	FELSBERG, STADT	877.838	789.838	88.000	267.267	1.145.105
6634004	FRIEENDORF	688.218	619.218	69.000	229.632	917.850
6634005	FRITZLAR, DOM- UND KAISERSTADT	1.353.787	1.217.787	136.000	436.955	1.790.742
6634006	GILSERBERG	256.502	230.502	26.000	96.237	352.739
6634007	GUDENSBERG, STADT	743.023	668.023	75.000	256.538	999.561
6634008	GUXHAGEN				162.920	162.920
6634009	HOMBERG (EFZE), KREISSTADT	1.182.280	1.063.280	119.000	432.730	1.615.010
6634010	JESBERG	216.754	194.754	22.000	85.494	302.248
6634011	KNUELLWALD	329.733	296.733	33.000	113.352	443.085
6634012	KOERLE				133.277	133.277
6634013	MALSFELD				143.547	143.547
6634014	MELSUNGEN, STADT				615.000	615.000
6634015	MORSCHEN	282.856	253.856	29.000	98.845	381.701
6634016	NEUENTAL	279.338	251.338	28.000	95.792	375.130
6634017	NEUKIRCHEN (KNUELL), STADT	604.566	543.566	61.000	150.806	755.372
6634018	NIEDENSTEIN, STADT	364.265	327.265	37.000	121.275	485.540
6634019	OBERAULA	267.628	240.628	27.000	93.986	361.614
6634020	OTTRAU	215.811	193.811	22.000	82.719	298.530
6634021	SCHRECKSBACH	268.460	241.460	27.000	93.932	362.392
6634022	SCHWALMSTADT, STADT	1.744.670	1.569.670	175.000	515.758	2.260.428
6634023	SCHWARZENBORN, STADT	89.832	80.832	9.000	66.104	155.936
6634024	SPANGENBERG, LIEBENBACHSTADT				174.203	174.203
6634025	WABERN	537.346	483.346	54.000	158.857	696.203
6634026	WILLINGSHAUSEN	395.006	355.006	40.000	119.415	514.421
6634027	BAD ZWESTEN	297.983	267.983	30.000	104.809	402.792
6635000	LANDKREIS WALDECK-FRANKENBERG	11.634.243	10.470.243	1.164.000	4.439.933	16.074.176

Anlage
Kontingentverteilung Kommunalinvestitionsprogramm

(zu § 1 Abs. 1 Satz 1 KIPG)

GKZ	Kommunen	Kontingent Bundesprogramm in Euro	davon Bundeszuschuss in Euro	davon Kofinanzierung Bundesprogramm in Euro	Kontingent Landesprogramm in Euro	Gesamtkontingent Landes- und Bundesprogramm in Euro
6635001	ALLENDORF (EDER)				433.962	433.962
6635002	BAD AROLSEN, STADT	1.385.690	1.246.690	139.000	460.823	1.846.513
6635003	BAD WILDUNGEN, STADT	1.545.767	1.390.767	155.000	486.380	2.032.147
6635004	BATTENBERG (EDER), STADT				521.392	521.392
6635005	BROMSKIRCHEN	66.519	59.519	7.000	76.007	142.526
6635006	BURGWALD				161.581	161.581
6635007	DIEMELSEE	334.152	300.152	34.000	119.406	453.558
6635008	DIEMELSTADT, STADT				165.904	165.904
6635009	EDERTAL	599.643	539.643	60.000	149.815	749.458
6635010	FRANKENAU, STADT	260.961	233.961	27.000	94.647	355.608
6635011	FRANKENBERG (EDER), STADT	1.493.750	1.343.750	150.000	488.235	1.981.985
6635012	GEMJENDEN (WOHRA), STADT	273.945	245.945	28.000	110.678	384.623
6635013	HAINA (KLOSTER)	322.146	289.146	33.000	103.258	425.404
6635014	HATZFELD (EDER), STADT				134.105	134.105
6635015	KORBACH, KREISSTADT	1.808.223	1.627.223	181.000	562.366	2.370.589
6635016	LICHTENFELS, STADT	302.801	271.801	31.000	112.111	414.912
6635017	ROSENTHAL, STADT	161.893	144.893	17.000	81.300	243.193
6635018	TWISTETAL	350.953	314.953	36.000	113.830	464.783
6635019	VOEHL	504.033	453.033	51.000	131.958	635.991
6635020	VOLKMARSEN, STADT				189.195	189.195
6635021	WALDECK, STADT	548.761	493.761	55.000	149.613	698.374
6635022	WILLINGEN (UPLAND)				171.602	171.602
6636000	WERRA-MEISSNER-KREIS	8.934.279	8.040.279	894.000	3.628.295	12.562.574
6636001	BAD SOODEN-ALLENDORF, STADT	759.573	683.573	76.000	242.531	1.002.104
6636002	BERKATAL				113.807	113.807
6636003	ESCHWEGE, KREISSTADT	1.739.080	1.565.080	174.000	518.672	2.257.752
6636004	GROSSALMERODE, STADT	453.516	407.516	46.000	142.026	595.542
6636005	HERLESHAUSEN	227.351	204.351	23.000	90.584	317.935
6636006	HESSISCH LICHTENAU, STADT	1.153.729	1.037.729	116.000	407.154	1.560.883
6636007	MEINHARD	377.702	339.702	38.000	117.594	495.296
6636008	MEISSNER	249.499	224.499	25.000	94.395	343.894
6636009	NEU-EICHENBERG	149.540	134.540	15.000	76.240	225.780

Kontingentverteilung Kommunalinvestitionsprogramm

Anlage

(zu § 1 Abs. 1 Satz 1 KIPG)

GKZ	Kommunen	Kontingent Bundesprogramm in Euro	davon Bundeszuschuss in Euro	davon Kofinanzierung Bundesprogramm in Euro	Kontingent Landesprogramm in Euro	Gesamtkontingent Landes- und Bundesprogramm in Euro
6636010	RINGGAU	261.443	234.443	27.000	92.159	353.602
6636011	SONTRA, STADT	775.950	697.950	78.000	355.133	1.131.083
6636012	WALDKAPPEL, STADT	349.228	314.228	35.000	114.132	463.360
6636013	WANFRIED, STADT	356.679	320.679	36.000	110.123	466.802
6636014	WEHRETAL	404.571	363.571	41.000	124.954	529.525
6636015	WEISSENBORN	108.310	97.310	11.000	66.734	175.044
6636016	WITZENHAUSEN, STADT	1.362.588	1.225.588	137.000	447.850	1.810.438
		352.504.500	317.138.500	35.366.000	348.219.702	700.724.202

**Verordnung zur Änderung
der Zuständigkeitsverordnung internationale Strafrechtshilfe*)
Vom 26. November 2015**

Aufgrund des

1. § 74 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen in der Fassung vom 27. Juni 1994 (BGBl. I S. 1537), zuletzt geändert durch Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474), in Verbindung mit § 74 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen und Nr. 1 bis 3 der Zuständigkeitsvereinbarung vom 28. April 2004 (BAnz. Nr. 100 vom 29. Mai 2004),
2. § 1 Satz 1 des Gesetzes zur Bestimmung von Zuständigkeiten vom 3. April 1998 (GVBl. I S. 98), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2012 (GVBl. S. 622),

verordnet die Landesregierung:

Artikel 1

In § 2 Abs. 2 und 6 der Zuständigkeitsverordnung internationale Strafrechtshilfe vom 18. November 2014 (GVBl. S. 296) werden jeweils die Wörter „,die aufgrund einer völkerrechtlichen Übereinkunft im unmittelbaren oder konsularischen Geschäftsweg gestellt werden können,“ gestrichen.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 26. November 2015

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident
Bouffier

Die Ministerin
der Justiz
Kühne-Hörmann

*) Ändert FFN 24-47

4. Dem § 5 wird als Abs. 3 angefügt:
- „(3) Die Mitglieder der Besatzung und die sonstigen Personen an Bord müssen Rettungswesten nach § 10.05 Nr. 2 des Anhangs II der Binnenschiffsuntersuchungsordnung tragen
1. beim An- und Vonbordgehen, sofern Absturzgefahr ins Wasser besteht,
 2. bei Aufenthalt im Beiboot,
 3. bei Arbeiten außenbords oder
 4. bei Aufenthalt und Arbeit an Deck und im Gangbord, sofern Schanzkleider von mindestens 90 Zentimeter Höhe nicht vorhanden oder Geländer nicht durchgehend gesetzt sind.“
5. § 9 wird wie folgt geändert:
- a) In Abs. 1 wird das Wort „obere“ gestrichen.
 - b) In Abs. 2 wird die Angabe „geändert durch Gesetz vom 2. Juli 2013 (BGBl. I S. 1943)“ durch „zuletzt geändert durch Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474)“ ersetzt.
6. § 12 wird wie folgt geändert:
- a) Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:
 „Häusliches Abwasser nach dem Übereinkommen über die Sammlung, Abgabe und Annahme von Abfällen in der Rhein- und Binnenschifffahrt (CDNI) vom 9. September 1996 (BGBl. 2003 II S. 1800) aus Binnenschiffen darf nicht in das Hafengewässer eingeleitet werden.“
 - b) Abs. 3 wird wie folgt gefasst:
 „(3) Die Betreiberin oder der Betreiber der Umschlaganlage ist verpflichtet, Umschlagsrückstände und Waschwässer aufzunehmen, die beim Waschen von besenreinen und vakuumreinen Laderäumen oder nachgelentzten Ladetanks anfallen.“
7. § 14 Abs. 1 Nr. 5 wird wie folgt gefasst:
 „5. besondere Gefahren für Menschen, Tiere, Pflanzen oder die Umwelt auslösen kann oder“
8. § 20 Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:
- a) In Nr. 1 wird das Wort „und“ am Ende durch ein Komma ersetzt.
 - b) In Nr. 2 wird der Punkt am Ende durch das Wort „und“ ersetzt.
 - c) Als Nr. 3 wird angefügt:
 „3. Fahrzeuge nicht ausschließlich mit Pfählen oder Stelzen festgelegt werden, die vom Fahrzeug in die Hafensohle gedrückt werden; ausgenommen hiervon sind Baustellenfahrzeuge.“
9. § 26 wird wie folgt geändert:
- a) In Abs. 1 wird nach dem Wort „dürfen“ die Angabe „vorbehaltlich von Abs. 2“ eingefügt.
 - b) Abs. 2 wird wie folgt gefasst:
 „(2) Das Betanken aus mobilen Tankstellen ist nur unter Beachtung der Betriebssicherheitsverordnung vom 3. Februar 2015 (BGBl. I S. 49), geändert durch Verordnung vom 13. Juli 2015 (BGBl. I S. 1187), und den dazu erlassenen technischen Regeln unter Beachtung der wasserrechtlichen Bestimmungen erlaubt.“
10. § 27 Abs. 4 wird wie folgt gefasst:
 „(4) Die Betreiberin oder der Betreiber der Umschlaganlage hat von den ladenden und löschenden Schiffen die Restladung der Ladung hinzuzufügen. Umschlagrückstände sind zu entfernen. Ladungsrückstände wie Wasch- und Schmutzwasser sowie der Hausmüll und der Sonderabfall sind nach dem CDNI, dem Binnenschifffahrt-Abfallübereinkommen-Ausführungsgesetz vom 13. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2642), zuletzt geändert durch Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474), dem Kreislaufwirtschaftsgesetz vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Mai 2013 (BGBl. I S. 1324, 3753), und dem Hessischen Ausführungsgesetz zum Kreislaufwirtschaftsgesetz vom 6. März 2013 (GVBl. S. 80) zu entsorgen.“
11. § 31 wird wie folgt gefasst:
 „§ 31
 Fluchtwege und Evakuierungsmittel
 (1) Für den Umschlag von gefährlichen Gütern hat die Betreiberin oder der Betreiber der Umschlaganlage Fluchtwege und Evakuierungsmittel entsprechend § 23 Abs. 4 Nr. 4 der Gefahrgutverordnung Straße, Eisenbahn und Binnenschifffahrt zur Verfügung zu stellen.
 (2) Die Schiffsführerin oder der Schiffsführer hat dafür zu sorgen, dass beim Laden und Löschen die in Abs. 1 genannten Fluchtwege und Evakuierungsmittel ordnungsgemäß eingerichtet sind und benutzt werden können. Die Verpflichtung zur Sicherstellung eines zweiten Evakuierungsmittels nach § 19 Abs. 4 Nr. 8 der Gefahrgutverordnung Straße, Eisenbahn und Binnenschifffahrt bleibt unberührt.“
12. § 33 Abs. 3 Satz 2 wird wie folgt gefasst:
 „Abweichend davon können Fahrzeuge, die keine blauen Kegel führen müssen, jedoch zur Beförderung von gefährlichen Gütern zugelassen sind und die entsprechenden Sicherheitsvorschriften erfüllen, die in Abs. 1 ge-

- nannten Liegeplätze mit Erlaubnis der Hafenbehörde nutzen.“
13. In § 35 Abs. 2 wird die Angabe „3. Dezember 2012 (BGBl. II S. 1386)“ durch „15. Dezember 2014 (BGBl. II S. 1344)“ ersetzt.
14. In § 39 Abs. 3 Satz 2 wird die Angabe „vom 27. September 2002 (BGBl. I S. 3777), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. November 2011 (BGBl. I S. 2178)“ gestrichen.
15. Dem § 41 wird als Abs. 4 angefügt:
- „(4) Von der Verpflichtung zur Gaskonzentrationsmessung nach Abs. 1 befreit sind Binnenschiffe, soweit sie mit einer Lüftungs- und Überdruckanlage nach Abs. 9.3.1.52.3 Buchst. b (iv), Abs. 9.3.2.52.3 Buchst. b (iv) und Abs. 9.3.3.52.3 Buchst. b (iv) des ADN ausgerüstet sind und betrieben werden.“
16. § 46 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
- a) In Nr. 25 werden nach dem Wort „festmacht“ ein Komma und die Wörter „ausschließlich durch die Nutzung von Pfählen oder Stelzen festlegt“ eingefügt.
- b) Nr. 53 wird wie folgt gefasst:
- „53. § 27 Abs. 4 Restladungen nicht der Ladung hinzufügt, Umschlagrückstände nicht unverzüglich entfernt, Ladungsrückstände wie Waschwasser und Schmutzwasser sowie den Hausmüll und den Sonderabfall nicht nach dem CDNI, dem Binnenschiffahrt-Abfallübereinkommen-Ausführungsgesetz, dem Kreislaufwirtschaftsgesetz und dem Hessischen Ausführungsgesetz zum Kreislaufwirtschaftsgesetz entsorgt,“
- c) In Nr. 62 und 63 werden jeweils nach dem Wort „Fluchtwege“ die Wörter „und Evakuierungsmittel“ eingefügt.
17. § 47 wird aufgehoben.
18. Der bisherige § 48 wird § 47 und in Satz 2 die Angabe „2015“ durch „2023“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 21. November 2015

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident
Bouffier

Der Minister
für Wirtschaft, Energie,
Verkehr und
Landesentwicklung
Al-Wazir

**Dritte Verordnung
zur Änderung der Verordnung zur Bestimmung
von Zuständigkeiten nach dem Asylverfahrensgesetz*)
Vom 23. November 2015**

Aufgrund

1. des § 22 Abs. 2 Satz 1 des Asylgesetzes in der Fassung vom 2. September 2008 (BGBl. I S. 1798), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722),
2. des § 1 Satz 1 des Gesetzes zur Bestimmung von Zuständigkeiten vom 3. April 1998 (GVBl. I S. 98), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2012 (GVBl. S. 622),

verordnet die Landesregierung:

Artikel 1

Die Verordnung zur Bestimmung von Zuständigkeiten nach dem Asylverfahrensgesetz vom 8. April 1993 (GVBl. I S. 115), zuletzt geändert durch Verordnung vom 29. November 2010 (GVBl. I S. 450), wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift wird das Wort „Asylverfahrensgesetz“ durch „Asylgesetz“ ersetzt.

2. § 1 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 wird wie folgt gefasst:

„Aufnahmeeinrichtungen nach § 22 Abs. 1 Satz 1 des Asylgesetzes sind die Hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge in Gießen, Büdingen, Neustadt (Hessen) und Rotenburg a.d. Fulda.“

b) In Abs. 2 wird das Wort „Asylverfahrensgesetzes“ durch „Asylgesetzes“ ersetzt.

3. In den §§ 2 und 3 wird das Wort „Asylverfahrensgesetzes“ jeweils durch „Asylgesetzes“ ersetzt.

4. § 4 wird aufgehoben.

5. Der bisherige § 5 wird § 4 und in Satz 2 wird die Angabe „2015“ durch „2020“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 23. November 2015

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident
Bouffier

Der Minister
für Soziales und Integration
Grüttner

*) Ändert FFN 310-72

**Verordnung
zur Sicherstellung der Personalvertretung in dem Landesbetrieb
Bau und Immobilien Hessen*)**

Vom 20. November 2015

Aufgrund des § 24 Abs. 6 des Hessischen Personalvertretungsgesetzes vom 24. März 1988 (GVBl. I S. 103), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. März 2015 (GVBl. S. 118), verordnet der Minister des Innern und für Sport:

§ 1

(1) Für den Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen führen abweichend von § 24 Abs. 4 des Hessischen Personalvertretungsgesetzes bis zur Konstituierung der bei den nächsten regelmäßigen Personalratswahlen zu wählenden Personalvertretungen die bisherigen Personalräte die

Geschäfte im Bereich ihrer bisherigen Dienststelle fort, längstens bis zum 31. Mai 2016.

(2) Abs. 1 gilt entsprechend für die Gesamtpersonalräte, die Jugend- und Auszubildendenvertretungen und die Gesamtjugend- und -auszubildendenvertretungen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2016 außer Kraft.

Wiesbaden, den 20. November 2015

Der Hessische Minister
des Innern und für Sport

Beuth

Absender: A. Bernecker Verlag GmbH
Unter dem Schöneberg 1
34212 Melsungen
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt

Herausgeber: Hessische Staatskanzlei, Wiesbaden
Verlag: A. Bernecker Verlag GmbH,
Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen,
Telefon (0 56 61) 7 31-0, Fax (0 56 61) 7 31 4 00
ISDN: (0 56 61) 7 31 3 61, Internet: www.bernecker.de

Druck: Bernecker MediaWare AG
Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen,
Telefon (0 56 61) 7 31-0, Fax (0 56 61) 7 31 2 89

Vertrieb und Abonnementverwaltung:
A. Bernecker Verlag GmbH, Unter dem Schöneberg 1,
34212 Melsungen, Tel.: (0 56 61) 7 31-4 65, Fax: (0 56 61) 7 31-4 00
E-Mail: aboverwaltung@bernecker.de

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement.
Bezugszeit ist das Kalenderjahr. Abbestellungen zum 31. Dezember
müssen spätestens am 15. November schriftlich beim Verlag vorlie-
gen. Fälle höherer Gewalt, Streik, Aussperrung und dergleichen ent-
binden den Verlag von der Verpflichtung auf Erfüllung von Aufträ-
gen und Schadensersatzleistungen.

Bezugspreis: Der jährliche Bezugspreis beträgt 61,01 EUR einschl.
MwSt. und Versand. Einzelausgaben kosten bis zu einem Umfang
von 16 Seiten EUR 3,83. Bei stärkeren Ausgaben erhöht sich der
Preis um 3,06 EUR je zusätzlich angefangener 16 Seiten. Die Preise
verstehen sich inkl. MwSt. und zzgl. Porto und Verpackung.
